

## Reflexion über die 18. Potsdamer Begegnungen am 30./31. Mai 2016 in Berlin

Autor: Ernst-Jörg von Studnitz <sup>1</sup>

Stand: 11.7.2016

Seit dem Ausbruch der Ukraine-Krise und der dadurch ausgelösten Verschlechterung der Beziehungen des Westens, und damit auch Deutschlands, zu Russland hat sich der Charakter der Potsdamer Begegnungen geändert. Waren sie seit ihrer Gründung 1999 ein Forum für den intellektuellen Austausch zwischen Deutschen und Russen über beide Seiten gleichermaßen betreffende gesellschaftliche Grundsatzfragen, so wurde seit 2014 von deutscher Seite gefordert, dieses gerade von russischer Seite hochgeschätzte Forum, auf politische Fragen auszurichten. Mit dieser Vorgabe traten die Potsdamer Begegnungen im Mai 2016 ein zweites Mal zusammen.

Der politische Schwerpunkt wurde durch das starke Engagement von Außenminister Steinmeier deutlich. Er stellte sich einem kleinen Kreis für eine intensive Fragebeantwortung zur Verfügung und gab vor dem großen Forum eine stark akzentuierte Impulsrede. Darin zog er klare Linien, dass die Annektion der Krim völkerrechtswidrig sei und nicht anerkannt werden könne, dass die Antwort darauf nur ein Dialog sein könne, weil militärische Optionen ausgeschlossen seien, und dass der in Minsk im Februar 2015 beschlossene Prozess ungeachtet aller Störungen als einziger Lösungsweg weiter verfolgt werden müsse. Zu den von der Ukraine-Krise ausgelösten Sanktionen forderte er, im Einklang mit entsprechenden Stellungnahmen aller Sprecher des ersten, den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen gewidmeten Teils der Konferenz, einen intelligenten Umgang mit ihnen, der abhängig von Fortschritten beim Minsk-Prozess, zu deren stufenweisem Abbau führen solle. Mit seiner Bemerkung, dass die russische Politik der Unterstützung russischer Minderheiten im Ausland Unsicherheit in Osteuropa hervorrufe, akzentuierte er die Erörterungen der zweiten Diskussionsrunde über Sicherheitsfragen. Steinmeier zitierte Egon Bahr, dass Amerika für Europa unverzichtbar, Russland aber unverrückbar sei. Deshalb führe am Dialog mit Russland kein Weg vorbei. Er bedauerte, dass der Vorschlag von Präsident Medwedew zur europäischen Sicherheitspolitik aus dem Jahre 2008 trotz Nachfrage von russischer Seite nicht konkretisiert worden sei.

---

Zitierweise: v. Studnitz, E.-J., Reflexion über die 18. Potsdamer Begegnungen am 30./31. Mai 2016 in Berlin, O/L-2-2016, [http://www.ostinstitut.de/documents/von\\_Studnitz\\_Reflexionen\\_ber\\_die\\_18\\_Potsdamer\\_Begegnungen\\_am\\_30\\_31\\_Mai\\_2016\\_in\\_Berlin\\_OL\\_2\\_2016.pdf](http://www.ostinstitut.de/documents/von_Studnitz_Reflexionen_ber_die_18_Potsdamer_Begegnungen_am_30_31_Mai_2016_in_Berlin_OL_2_2016.pdf).

<sup>1</sup> Dr. Ernst-Jörg von Studnitz, Botschafter a.D., Ehrenvorsitzender des Deutsch-Russischen Forums.

von Studnitz - Reflexion über die 18. Potsdamer Begegnungen am 30./31. Mai 2016 in Berlin, Ost/Letter-2-2016 (Juli 2016)

Im Einklang mit Steinmeier erinnerte General a. D. Kujat in der Diskussion an den Erfolg der Harmel-Doktrin von 1967, die gleichgewichtig auf militärische Sicherheit und Verhandlungsbereitschaft gesetzt habe. Sie habe letztendlich zum Ende des Kalten Krieges geführt. Heute müsse daran erinnert werden. Eine Reaktivierung des NATO-Russland-Rats öffne Wege, wieder ins Gespräch zu kommen.

Fjodor Lukjanow äußerte Skepsis hinsichtlich der Leistungsfähigkeit Europas vor den globalen Herausforderungen und hinterfragte damit zugleich, inwieweit der Dialog zwischen Europa und Russland die bestehenden Probleme lösen könne.

In Steinmeiers Aussage, es könne keine europäische Sicherheitspolitik ohne eine Lösung der Ukrainefrage geben, lag jedenfalls die Teilantwort, dass es ohne Europa nicht geht. Die weiterführende Frage, wie Europa dieser Herausforderung gerecht wird, wurde leider nicht erörtert. Dem Berichterstatter der Konferenz sei hierzu einige Überlegungen gestattet.

Es sollte gelingen, für die Ukraine einen ähnlichen Status in Europa zu definieren, wie er im Kalten Kriege für Österreich durch den Staatsvertrag von 1955 und für Finnland auf Grund bilateraler Vereinbarungen mit der Sowjetunion gefunden wurde. Dadurch, dass sie durch ihren neutralen Status aus dem Ost-West-Konflikt ausgeklammert waren, konnten sie sich innenpolitisch frei zur Demokratie entwickeln und fruchtbare Wirtschaftsbeziehungen nach Ost und West unterhalten. Für die Ukraine würde das bedeuten, dass unter Anerkennung ihrer territorialen Integrität ihre volle Unabhängigkeit anerkannt wird, dass sie auf den Beitritt zur NATO verzichtet, und dass sie ihre Handelsbeziehungen zur EU wie zur Eurasischen Wirtschafts-Union frei gestalten kann.

Ein Versuch, jetzt auch die Krimfrage zu lösen, würde einen solchen Ansatz gegenwärtig scheitern lassen. Sie muss deshalb unter Wahrung der abweichenden Rechtspositionen ausgeklammert werden. Gewiss wären die Europäer als erste zu einer solchen Ukraine-Regelung bereit. Es bleibt Aufgabe der Diplomatie, hierfür auch die Zustimmung Russlands und Amerikas zu gewinnen. Beide müssen Abstriche von ihren bisherigen Positionen machen. Russland muss den Gedanken der Kiewer Rus aus der aktiven Politik in die Geschichtsbücher verweisen, und Amerika muss von dem Gedanken Abstand nehmen, seine Art der Demokratie weltweit exportieren zu wollen.

Die Geschichte der Entstehung der KSZE-Konferenz zeigt, dass so etwas auch gegen erhebliche anfängliche Widerstände erreicht werden kann. Es bleibt zu hoffen, dass Dialogforen wie die Potsdamer Begegnungen dem mühsamen Gespräch über die Sicherheit in Europa immer wieder weiterführende Impulse geben werden.

©Ostinstitut Wismar, 2016  
Alle Rechte vorbehalten  
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:  
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,  
Dimitri Olejnik,  
Dr. Hans-Joachim Schramm  
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar  
Philipp-Müller-Straße 14  
23966 Wismar  
Tel +49 3841 753 75 17  
Fax +49 3841 753 71 31  
office@ostinstitut.de  
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751